

Gewerkschaften am Scheideweg: Debatte über die richtige Reaktion auf Sparprogramme.

Europa auf die Füße stellen

Harte Sparprogramme sollen Europa aus der Krise bringen. Wohin diese Politik führt, zeigt sich in Griechenlands aktuellem Negativwachstum. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) sondiert Gegenmassnahmen. Muss Politik renationalisiert werden? Oder braucht es ein europaweit konzertiertes Engagement? Vielleicht sogar eine Europäische Bürgerinitiative, wie sie der SGB dem EGB vorschlägt?

Nach dem Finanz-Tsunami 2008/2009 sind die EU-Behörden und ihre Mitgliedstaaten ab Frühling 2010 dazu übergegangen, überall harte Sparprogramme zu verordnen. Ihr Ziel: die enormen Kosten der Finanzkrise auf die Beschäftigten und die Bezügerinnen und Bezüger von sozialen Transferleistungen zu übertragen - und dies als Resultat einer koordinierten Politik der EU, die mit dem „Pakt für den Euro“ in eine neue Phase eingetreten ist. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die „makro-ökonomischen Ungleichgewichte“ werden Mechanismen eingeführt, die den EU-Behörden erlauben, Mitgliedsstaaten mittels „Lohnkorsett“, Harmonisierung des Rentenalters nach oben und Einführung von nationalen Schuldenbremsen zu disziplinieren.

Diese Politik ist nicht nur mit unermesslichen sozialen Leiden verbunden; sie mündet auch in eine volkswirtschaftliche Sackgasse. In Griechenland haben bisher fünf rabiante Sparrunden zu einer schweren und langwierigen Rezession (BSP: minus 5,2 Prozent im Jahr 2011) sowie zu sozialen Revolten geführt. Gemäss herrschender neoliberaler Politik soll der Schuldenberg durch harte Konsolidierungsprogramme abgebaut werden. Aber die „strikteste Haushaltsdisziplin verpufft, wenn die Volkswirtschaft nicht wächst“ (Klaus Busch).

Anlässlich seines Kongresses in Athen (Mai 2011) hat der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) seine Opposition zur herrschenden Wirtschaftspolitik bekräftigt und einen Kurswechsel gefordert. Nur mit einem Mix von Massnahmen, die auf Wachstum, gestaffelten Abbau der Schuldenberge und Reduktion der Ungleichgewichte zwischen den Ländern setzen, kommt man aus der Eurokrise. Der EGB fordert deswegen einen „New Social and Green Deal“, nämlich ein europäisches Investitionsprogramm, die Herausgabe von Euro-BNonds, die Entwicklung einer ökologischen Industriepolitik sowie eine Reform der Fiskalpolitik. Griechenland wird nicht aus dem Teufelskreis herausfinden ohne eine Reduktion der Schulden- und der Zinsenlast sowie ohne ein von der EU finanziertes Ankurbelungsprogramm im Rahmen einer Art „Marshall-Plan“ für die EU-Länder in Not.

Die Walze bremsen.

Für dieses alternative Wirtschaftsprogramm hat der EGB bisher vier europäische Aktionstage organisiert. Nicht nur in Griechenland, auch in anderen EU-Mitgliedstaaten haben Demonstrationen und Streiks stark zugenommen. Festzustellen ist aber leider, dass diese Mobilisierungen die neoliberale Walze nicht aufhalten konnten.

Noch in den Zeiten des „sozialdemokratischen Kompromisses“ von Jacques Delors (Präsident der EU-Kommission bis 1994) wären nach solchen Protestaktionen ausgewogene Kompromisse vereinbart worden. Heute ist das nicht mehr der Fall. Im Gegenteil: Zentrale Säulen des „europäischen Sozialmodells“ werden hemmungslos angegriffen. Symptomatisch ist die Weigerung der EU-Behörde, die skandalöse Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes in den Fällen Laval, Viking, Ruffert und Luxemburg auf gesetzlichem Weg zu korrigieren. Dabei wurden grundlegende Prinzipien zur Disposition gestellt - wie der Vorrang der sozialen Grundrechte vor den Binnenmarktfreiheiten, wie „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort“, wie das Streikrecht und die Autonomie der Sozialpartner.

Das „soziale Europa“ ist massiv unter Druck geraten, und die Gewerkschaften stehen geschwächt da. Ein Kurswechsel wird aber nur möglich mit Mobilisierungen von ganz anderen Dimensionen als die bisherigen Aktionstage und Streiks.

Rückwärts oder vorwärts?

Was tun? Die Debatte dazu ist im Gange. Zwei Strömungen treten derzeit in der europäischen Gewerkschaftsbewegung in Erscheinung. Die eine plädiert für eine „Renationalisierung der Politik“. Sie vertritt die These, dass sich die EU auf dem hoffnungslosen Weg des ultraliberalen und antisozialen Zerfalls befindet. Die einzige realistische Antwort sei die Verteidigung des Sozialstaates im nationalen Rahmen. Die andere Strömung vertritt eine „Vorwärts-Strategie“ der Europäisierung der sozialen Kämpfe. Diese These lautet, dass der einzige Ausweg in einem qualitativen Sprung der eigenen europäischen Politik liegt. Das Zeitfenster dafür ist nicht lange geöffnet. Die Gefahr besteht sonst, dass Euro-Pakt und Sparprogramme die Ungleichgewichte innerhalb und zwischen den Ländern in Zukunft so stark verschlimmern, dass die sozialen und politischen Spannungen unerträglich werden.

Die Streiks und Mobilisierungen der letzten anderthalb Jahre in Europa haben neue Aktionsformen und neue soziale Allianzen entstehen lassen, die für eine wirksame europäische Vernetzung der Widerstandskräfte hilfreich sein können. Gleichzeitig gilt es an dem qualitativen Sprung auch auf andere Weise zu arbeiten. Diesbezüglich standen am EGB-Kongress zwei mögliche - komplementär wirkende - Kampagnen im Vordergrund, die das Potenzial hätten, eine echte koordinierte Gegenoffensive in die Wege zu leiten.

Streiken oder sammeln?

Die eine Kampagne betrifft die Antwort auf die herrschende Wirtschaftspolitik. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang die Stärkung der Streikfähigkeit vor Ort. Der EGB-Kongress hat einen Antrag der Spanischen Bünde CCOO und UGT akzeptiert, der den EGB auffordert, koordinierte europäische Streiks bis hin zu einem europäischen Generalstreik zu prüfen. Der politische Wille dazu scheint noch nicht wirklich vorhanden zu sein, aber der Leidensdruck könnte die Stimmung mit der Zeit zum Kippen bringen. Die zweite Kampagne mit dem Arbeitstitel „Gleiche Löhne - gleiche Rechte“ will den Kampf für die Arbeitnehmerrechte und gegen das sich verbreitende Lohndumping ins Zentrum stellen. Als Hebel für eine solche Kampagne hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) die Lancierung einer Europäischen Bürgerinitiative (EBI) vorgeschlagen. Gemäss den Lissabonner Verträgen gilt ab 1. April 2012: 1 Million Bürgerinnen und Bürger kann die EU-Behörden dazu bewegen, gesetzgeberisch aktiv zu werden. Die geforderte Bürgerinitiative würde die EU beauftragen, Vorkehrungen dafür zu treffen, dass der Vorrang der sozialen Grundrechte vor den Binnenmarktfreiheiten sowie das Verbot von Lohndumping allgemein gelten.

Die Lancierung einer EBI würde neu in ganz Europa eine breite politische Sensibilisierung und Mobilisierung vor Ort und in den Betrieben ermöglichen. Der EGB-Kongress hat dem Antrag für diese zweite Kampagne im Prinzip zugestimmt, aber er hat noch kein grünes Licht für den verbindlichsten Hebel dazu gegeben, nämlich die Lancierung einer Bürgerinitiative. Der Einsatz dieses Instruments wird immerhin weiter geprüft. Die Bedenken kommen vor allem aus Ländern wie Frankreich und Italien, deren Gewerkschaftsorganisationen sagen, Unterschriftensammeln gehöre nicht zu ihrer Tradition.

Zukunft auf dem Spiel.

Der EGB-Kongress hätte ein doppeltes starkes Signal für eine europäische gewerkschaftliche Gegenoffensive geben können: mit dem klaren politischen Willen zu einer Europäisierung der sozialen Kämpfe für eine alternative Wirtschaftspolitik und mit einer klaren Entscheidung zugunsten einer EBI zu den Arbeitnehmerrechten. Die dazu fehlende Energie lässt sich mit der Schwächung der Gewerkschaften in den Krisenjahren erklären. Man darf trotzdem hoffen, dass eine wirksame Antwort auf Höhe der aktuellen Herausforderungen möglich sein wird, wenn der Leidensdruck noch zunimmt und sich die Erkenntnis durchsetzt, dass die nötige Kehrtwende nur mit einer verstärkten Vernetzung der Gewerkschaftspolitik länderübergreifend zu schaffen ist. Auf dem Spiel steht die Zukunft des sozialen Europas und des europäischen Integrationsprozesses insgesamt!

Vasco Pedrina, SGB-Vertreter im EGB.

VPOD-Magazin, Oktober54 2011.

EGB > EU. Sozialpolitik. 2011-10-01.doc.